FileNr:100|id:HB051014303|date:2010-05-14|source:HB|title:EU testet Geldtransfer nach Athen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Die Euro-Staaten haben in einem Testlauf das erste Hilfsgeld an Griechenland geschickt. Doch dass EU-Kommissar Rehn in die nationale Etatplanung eingreifen will, stoesst in den Laendern auf Gegenwehr. Sven Afhueppe, Ruth Berschens, Thomas Ludwig Berlin, Bruessel

In einer geheimen Aktion haben die Euro-Staaten bereits das erste Geld an Griechenland ueberwiesen: Ganze 15 Euro, ein Euro von jedem Zahl-Land der Waehrungszone, flossen dabei zunaechst auf das Zentralkonto der EU-Kommission bei der Europaeischen Zentralbank und anschliessend auf ein Konto der griechischen Regierung bei der nationalen Zentralbank. Griechenlands Ministerpraesident Giorgos Papandreou hatte allerdings keinen Zugriff auf die ersten bilateralen Hilfen. Die Mini-Ueberweisung war ein Probelauf, um die "Prozesssicherheit" des neuen Transferinstruments zu testen. Der Test verlief reibungslos. Die 15 Euro wurden noch am selben Tag zurueckgeschickt. Das Rettungssystem funktioniert.

Echtes Hilfsgeld kann Griechenland am kommenden Dienstag erwarten. Die EU-Kommission hat die Euro-Laender aufgefordert, bis zu diesem Tag knapp 15 Mrd. Euro zu ueberweisen. Der Anteil der Bundesregierung liegt zwischen vier und fuenf Mrd. Euro, erfuhr das Handelsblatt aus Finanz- und Regierungskreisen. Die Kredite stellt die staatliche KfW-Bankengruppe zur Verfuegung.

Anfang der Woche hatte Griechenland zur Refinanzierung seiner Staatsschulden eine erste Tranche des vereinbarten Rettungspakets von rund 20 Mrd. Euro beantragt. Aus den Mitteln des Internationalen Waehrungsfonds (IWF) sind bereits 5,5 Mrd. Euro geflossen. Bis kommenden Mittwoch benoetigt Griechenland etwa neun Mrd. Euro, um faellig werdende Staatsanleihen zu bedienen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht in der Euro-Krise die bislang "groesste Bewaehrungsprobe" fuer die Europaeische Union. Wenn der Euro scheitere, scheitere auch "die Idee der europaeischen Einigung", warnte sie. Angesichts der Schuldenkrise hat der Praesident der Europaeischen Zentralbank Jean-Claude Trichet im Handelsblatt-Interview die Euro-Staaten zum Sparen ermahnt und die Anstrengungen Griechenlands nochmals ausdruecklich gelobt. "Setzt Griechenland sein ambitioniertes Konsolidierungs- und Reformprogramm entschlossen um, duerfte die erforderliche Korrektur der fiskalischen und aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die Wiederherstellung des Vertrauens eintreten", schreibt die Notenbank auch in ihrem Monatsbericht.

Ungeachtet der angespannten Finanzlage verbitten sich Deutschland und Frankreich jegliche Einmischung der EU in ihre nationale Haushaltspolitik. Vize-Kanzler Guido Westerwelle kuendigte bereits Widerstand an. "Nicht die Europaeische Kommission beschliesst die Haushalte, sondern der Deutsche Bundestag", sagte er. Im Bundesfinanzministerium betont man, dass die Budgetsouveraenitaet der nationalen Parlamente nicht infrage gestellt werden duerfe. "Vor diesem Hintergrund sind die Vorschlaege der EU-Kommission noch verbesserungsbeduerftig", hiess es.

Die EU-Kommission will kuenftig ein Woertchen mitreden und sich bereits bei der Aufstellung der nationalen Budgets einschalten. Dazu plant EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn ein sogenanntes "Europaeisches Semester fuer die Koordinierung der Wirtschaftspolitik": In der ersten Haelfte jedes Jahres sollen die Regierungen ihre Haushaltsentwuerfe sowie ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Reformplaene fuer das Folgejahr in Bruessel abliefern und mit den EU-Partnern abstimmen. Erst danach, im zweiten Halbjahr, sollen die Budgets und Reformgesetze auf nationaler Ebene beschlossen werden. Damit wuerde die EU den Regierungen klare wirtschafts- und finanzpolitische Vorgaben machen. Die Plaene der EU stossen auch im zweitgroessten Euro-Staat auf Vorbehalte. "Das Parlament und nicht die EU-Kommission entscheidet ueber den Haushalt eines Landes", sagte der franzoesische Regierungssprecher Luc Chatel.

Die EU-Kommission will Haushaltssuender zudem haerter bestrafen - und zwar nicht nur fuer eine ueberhoehte Neuverschuldung, sondern auch fuer einen zu hohen Schuldenstand. Schon bei Gruendung der Waehrungsunion war vorgeschrieben worden, dass die gesamte Staatsverschuldung den Grenzwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht ueberschreiten darf. Gegen diese Regel hatten Griechenland, Italien und Belgien vom ersten Tag der Euro-Einfuehrung an verstossen. Wegen der Finanzkrise stieg die Staatsverschuldung in vielen anderen Euro-Staaten ueber diesen Grenzwert. Darauf will die EU-Kommission jetzt mit Sanktionen reagieren....